

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis monatl. M. 15.—, vierteljährl. M. 45.—
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
inlandischen Verkehr 48.— einchl. Postbestellgeld.
Einzelnummern 75 Hg. : Extrakt Nr. 50 bei der
Oberamtspostkasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildb.
Bankkonto: Direction d. Discontoges., Zweigl. Wildb.
Postsparkonto Stuttgart Nr. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Pettizeile oder deren
Raum M. 1.50, auswärts M. 2.00. : Reklame-
zeile M. 5.—. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach
Tarif. Für Offerten u. bei Anstufstellung werden
jeweils 1 M. mehr berechnet. Schluß der Anzeigen-
annahme: täglich 8 Uhr vormittags. : In Kontra-
kten oder wenn gerichtliche Vortreibung notwendig
wird, fällt jede Nachlassgewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gae in Wildbad.

Nummer 110

Februar 179

Wildbad, Freitag, den 12. Mai 1922

Februar 179

57. Jahrgang

Tagespiegel.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes beabsichtigt noch
gestern Abend nach Paris abzureisen, um dort die Be-
sprechungen mit der Reparationskommission aufzunehmen.
Staatssekretär Bergmann, der einige Tage in
Berlin geweilt hat, fährt ebenfalls wieder nach Paris
zurück.

Am Montag soll das deutsch-polnische Abkommen
unterzeichnet werden.

Die russische Antwort wurde gestern Mittag an
Schanzer übergeben. Man rechnet mit ihrer Veröffent-
lichung in den Abendstunden.

Japan hat die Klüftung des zur Republik des
fernen Ostens gehörigen Sibiriens wiederum auf un-
bestimmte Zeit zurückgestellt.

Wiederherstellung des deutschen Münzsystems.

Der Finanzausschuß in Genua hat unter anderen Vor-
schlägen auch den gemacht, daß die Staaten mit ent-
werteten Geldzeichen auf die Grundlage zurückzuführen sol-
len. Das ist ein Vorschlag, der durch die Art der Aus-
führung gewinnt oder verliert. Wie sie möglich ist, ist
aus dem Gutachten zu ersehen, das der holländische
Bankfachmann Wisseling für den Finanzausschuß er-
stattet hat. Wisseling beschäftigt sich vornehmlich mit
dem deutschen Geldwesen, da dessen Befundung die wich-
tigste Voraussetzung für den Wiederaufbau der Weltwirt-
schaft ist. Nun ist das aber darüber hinaus noch eine
besondere Angelegenheit Deutschlands. Wenn die Opfer,
die ihm in Sachen der Währungsreform zugemutet wer-
den, unverhältnismäßig hoch sind, so ist die Wirkung die,
daß Deutschland allein die Kosten für den Wiederaufbau
der europäischen Wirtschaft zu zahlen hat. Wisseling denkt
sich die Neuordnung in Deutschland so, daß zu einer
bestimmten Stunde in das deutsche Geldwesen ein tiefer
Schritt gemacht wird. Und zwar dadurch, daß alle be-
stehenden Schulden, Forderungen und Verträge (Löhne,
Mieten, Pachten), die auf Mark lauten, umgewandelt,
das heißt herabgesetzt werden, um so die Wiedereinfüh-
rung des wirklichen Goldwertes zu erzielen. Nun ist die-
ser Schritt nicht einfach zu führen. Der Geldwert ist
seit 1914 nicht auf einmal, sondern nach und nach ge-
sunken. Es würde also eine Ungerechtigkeit bedeuten,
Forderungen, die aus dem ersten Kriegsjahre stammen,
ebenso viel herabzusetzen, wie die Schuldverschreibungen und
Anleihen des Reiches, für deren Erwerb von den Käufern
Geldzinsen von unterschiedlicher Kaufkraft hergegeben wor-
den sind. In der Tat handelt es sich hier um das
schwierigste Problem der Geldreform. Wenn es auch
technisch möglich ist, von Fall zu Fall den Goldwert
der Schuldverschreibungen usw. am Tage der Ausgabe
zu erreichen, so kommt doch in Betracht, daß die einzelnen
Anlagestücke auch ihre Besitzer wechseln. Wisseling selbst
schlägt vor, daß die Vorkriegsanleihen von der Umwand-
lung nicht ergriffen werden sollen, da sie von den Be-
sitzern in gutem Glauben in die Sicherheit der An-
lagen erworben seien. Auch das trifft nur zum Teil zu.
Es ist bekannt, daß umfangreiche Käufe von deutschen
und preussischen Vorkriegsanleihen in den letzten Monaten
erfolgt sind. Und zwar sind die Erwerber sowohl im
Inland wie im Ausland zu suchen. In den Vorschlägen
Wisselings gemessen, würden heute diese Anleihen das
beste Spekulationspapier darstellen. Der Käufer, der sie
zu niedrigem Kurs heute erwirbt, hätte Aussicht, die
Papieranlage in Goldmark zurückgezahlt zu erhalten.
Wisseling will den Schritt so führen, daß zunächst alle
Anleihen und Darlehen seit 1914 von vornherein auf
ein Zwanzigstel herabgesetzt werden. Das würde die
Wirkung haben, daß die deutsche Staatsschuld von 300
Milliarden Goldmark nicht mehr als 50 Milliarden
erschäme. Gewiß, dann betrüge sie nur noch 15 Mil-
liarden Goldmark, die bei einem Zinssfuß von 4 vom
Hundert und einer bestimmten Tilgungssumme ein
jährlicher Zinsdienst von vielleicht 750 Millionen Gold-
mark auf der neuen Grundlage erfordern würden. So-
weit es sich um die privaten Forderungen und Schuld-
verschreibungen handelt, läßt sich ein solcher Schritt
nicht ohne weiteres ausführen.

Überhaupt kann Deutschland nicht allein handeln. Die
Zerrüttung der deutschen Währung ist ja in der Haupt-
sache auf die unverhältnismäßig große Belastung aus dem
Versailler Vertrag zurückzuführen. Deutschland hat aus
seinem Volksvermögen nahezu 190 Milliarden Goldmark
in Sachwerten und Barzahlungen ausgeben müssen.
Dieser Überlast hat die Kreditfähigkeit des Reiches ge-
schwächt. Auch wenn das Reich Zeit zur Erholung er-
hält, so wird es außerstande sein, seine Währung zu
ordnen. Der Wert der Geldzeichen ist ja nicht nur von
der Golddeckung abhängig, sondern viel mehr noch von der
Kreditwürdigkeit und der Wirtschaftskraft eines Landes.
Ist die Kreditwürdigkeit gering, was zur Zeit bei Deutsch-
land der Fall ist, so ist es in der Beschränkung auch
bei Wirtschaftskraft.

Die deutsche Note an die Wieder- herstellungskommission.

Paris, 11. Mai.

Die Reichsregierung hat unter dem 9. Mai an den
Präsidenten der Wiederherstellungskommission die nach-
stehende Note gerichtet, die gestern in Paris über-
geben wurde:

Nach den vorangegangenen Besprechungen glaubt
die deutsche Regierung aus der Note der Wiederher-
stellungskommission vom 13. April 1922 entnehmen
zu können, daß der Wiederherstellungskommission eben-
so wie der deutschen Regierung daran gelegen ist,
gewisse Mißverständnisse, die über die bereits
geschickten Noten entstanden sind, zu beseitigen und
durch verteilte Besprechungen die Lage auch in sach-
licher Hinsicht zu klären. Um diese Arbeiten zu för-
dern, beehrt sich die deutsche Regierung folgendes
mitzuteilen:

1. Es entspricht der Auffassung der deutschen Re-
gierung, daß es grundsätzlich notwendig ist, die ge-
samten in Papiermark entstehenden Staatsausgaben
durch Einnahmen aus Steuern und inneren Anleihen
ohne Vermehrung der Staatsausgaben zu decken. Die
deutsche Regierung erkennt auch an, daß es notwendig
ist, alsbald weitere Schritte für die Durchführung
dieses Grundgedankes zu tun. Andererseits wird es mit
Rücksicht auf die Lage der deutschen Wirtschaft und
auf die deutschen finanziellen Verpflichtungen gegen-
über dem Auslande unumgänglich notwendig sein, daß
erhebliche vom Reich in ausländischer Währung zu
leistende Zahlungen durch äußere Anleihen be-
schafft werden. Mit Rücksicht auf die erst in letzter Zeit
geschlossene außerordentliche Erhöhung der Steuern ist
es nicht möglich, dem Verlangen der Wiederherstel-
lungskommission auf Einführung weiterer Steuern im
Betrag von 60 Milliarden vor dem 31. Mai 1922
zu entsprechen. Die deutsche Regierung ist aber bereit,
vor diesem Tage der Wiederherstellungskommission den
eingehenden Plan mitzuteilen, der das Ziel verfolgt,
dem eingangs aufgestellten Grundsatz Rechnung zu
tragen.

2. Die deutsche Regierung nimmt gern davon Kennt-
nis, daß die Wiederherstellungskommission die Son-
derartigkeit Deutschlands bei der Feststellung seiner öf-
fentlichen Ausgaben sowie in den Fragen der Be-
steuerung und der allgemeinen Finanzpolitik anerkennt.
Sie nimmt ferner davon Kenntnis, daß die Kom-
mission den Wunsch hat, die deutsche Regierung bei
der Ordnung der Reichsfinanzen zu unterstützen. Sie
wird zu diesem Zweck der Wiederherstellungskommis-
sion alle Möglichkeiten für gewünschte Auskünfte er-
öffnen. Sie wird deshalb auch für die Dauer der Re-
gelung ihrer Zahlungsberechtigungen, wie sie die Ent-
scheidung der Kommission vom 21. März 1922 vor-
sieht, mit der Wiederherstellungskommission über die
von ihr geplanten gesetzgeberischen Schritte auf dem
vorher bezeichneten Gebiete der Finanzgebahrung ins
Benehmen treten.

3. Die deutsche Regierung wird sich im übrigen
nach Kräften bemühen, den von der Wiederherstel-
lungskommission in ihrem Brief vom 21. März aus-
gesprochenen Bedingungen zu entsprechen. Sie hält
indessen an der Auffassung fest, daß einige dieser An-
forderungen unerfüllbar sind. In diesem Zusammen-
hange besteht sie auf das im Schreiben vom 13.
April 1922 gemachte Angebot der Kommission, jeden
praktischen Vorschlag zu prüfen, der von der deutschen
Regierung zur Behebung der Schwierigkeiten, in de-
nen sie sich befindet, gemacht wird. Da wegen der
Konferenz in Genua mehrere Mitglieder der Reichs-
regierung geraume Zeit von Deutschland ferngehalten
worden sind, ist es der deutschen Regierung zu ihrem
Bedauern nicht möglich gewesen, verschiedene der in
dem Briefe vom 21. März geforderten Fristen inne-
zuhalten. Sie ersucht die Wiederherstellungskommis-

sion, sich mit einer angemessenen Verlängerung die-
ser Fristen einverstanden zu erklären.

Berlin, 11. Mai. In der deutschen Note an die
Wiederherstellungskommission bemerkt die Deutsche
Allg. Ztg.: Gestern ist unsere Antwortnote an die
Wiedergutmachungskommission in Paris überreicht wor-
den als schriftlicher Ausdruck wochenlangender Füh-
rung, als sichtbarer Beginn der wichtigsten Ber-
handlungen. Damit tritt anderes vor Genua: die Be-
ratung vor den Konferenzbericht. Seit dem Vertrags-
abschluß von Rapallo steht zum erstenmal wieder nach
wochenlangem Überlasten des Weltmagens mit den
politischen Augenblickskategorien Genua die Real-
politik vor der abstrakten. Es wird die Aufgabe dieser
Verhandlungen sein, die Fehler der Konferenz zu
vermeiden und sie zu dem werden zu lassen, was
sie sein soll, ein Geschäft. Gewiß, es ist mit der
Wiedergutmachungskommission abzuschließen, also einer
fünftägigen Mehrheit aus Vertretern Englands, Frank-
reichs, Belgiens, Italiens und Japans. Aber in er-
ster Linie entscheidet man über französische An-
sprüche und französische Bedürfnisse. Gewiß, der
Doktrin-Epizismus eines Staates darf nicht so weit
gehen, daß er die Existenzmöglichkeit eines anderen
in Frage stellt. Die Grenze ist hier ganz klar gezogen.
Sie liegt in den militärischen Zwangsmaßnahmen.
Die Überschreitung dieser Grenze überhaupt nicht in
Erwägung ziehen zu lassen, das ist der Sinn der
vorstehenden Verhandlungen. Sie sind durch die jüngste
Bergangenheit nicht erleichtert worden, aber sie ste-
hen unter dem gebieterischen Zwang der nächsten Zu-
kunft beider Länder, Frankreichs und Deutschlands.

Die Konferenz in Genua.

Die russische Note zurückgezogen.

Genua, 10. Mai. Die Bekanntgabe der russischen
Note war endgültig für heute nachmittags 1/2 Uhr
geplant. Um 1/1 Uhr besuchte aber Tschitscherin uner-
wartet Schanzer und hat mit ihm über einzelne Fra-
gen Rücksprache genommen. Das Ergebnis dieser Un-
terredung war, daß die russische Delegation an die
Türe ihres Büros ein Plakat angeschlagen hatte mit
der Aufschrift: „Die russische Antwortnote wird heute
nicht verkündet.“ Diese Nachricht hat in sämtlichen
Kreisen der Konferenz große Verwirrung hervorgeru-
fen. Die verschiedenen Gerüchte wurden sofort in
Umlauf gesetzt. Schließlich klärte sich das Geheimnis
wie folgt auf: Die Russen haben ihre Antwort heute
morgen tatsächlich an de Facta übergeben. Als die
Delegationen der einladenden Mächte eben zu einer
Sitzung versammelt waren, legte de Facta die Note
Schanzer und Lloyd George vor. Wie verlautet, ist
Lloyd George, nachdem er von dem Text der Note
Kenntnis genommen hatte, sehr aufgeregt gewesen und
hat de Facta und Schanzer erklärt, es sei ganz aus-
geschlossen, daß die Note auch nur zur Basis von
weiteren Diskussionen angenommen werden könne. Er
hat sich sehr verwundert, daß die Russen, trotz aller
in den letzten Tagen getroffenen Besprechungen, solche
Bedingungen in die Note aufgenommen haben, von
denen sie von vornherein annehmen mußten, daß sie
unannehmbar sein sollten. Darauf ließ Schanzer, der
bereits während der Besprechungen die Rolle eines
Bermittlers übernommen hatte, Tschitscherin dringend
zu sich rufen. Dieser kam um 1/1 Uhr in dem Palazzo
Reale an, wo beide die Note sofort einer Prüfung
unterzogen. Nach langer und lebhafter Diskussion gab
Schanzer die Note an Tschitscherin zur Nachprüfung
zurück. Die endgültige Übergabe der Note wurde
aus diesem Grunde noch auf morgen verschoben. In-
zwischen sind die russischen Delegierten in Rapallo
versammelt, um dort die Möglichkeiten einer Abmil-
derung der Note zu beraten.

Genua, 10. Mai. Die Agenzia Stefani meldet: In
den Kreisen der Konferenz wird die Verzögerung der
Überreichung der russischen Antwort auf zwei Gründe
zurückgeführt, nämlich

1. darauf, daß, während der Text der Note gestern
bereits fertig war, in der Nacht aus Moskau Funk-
sprüche eintrafen mit neuen Instruktionen über ver-
schiedene Punkte, die infolgedessen abgeändert werden
mußten.

2. daß Änderungen getroffen werden mußten mit
Rücksicht auf den Vermittlungsvorschlag Schanzers.

Erklärung Tschitscherins über die Kredite.

Genua, 11. Mai. Tschitscherin erklärte gegenüber
dem Korrespondenten des „New York Herald“, daß
die von Russland verlangten Kredite ausschließlich
für den Wiederaufbau der Industrie, des
Transportwesens und der Landwirtschaft

Verwendung finden sollen. Zur entsprechenden Ausbeutung der brachliegenden russischen Kulturschätze sei vor allem das amerikanische Kapital im Stande. Die Regelung der amerikanischen Interessen in Rußland und die Anerkennung der Konzessionen sollten jedoch Gegenstand besonderer Vorverhandlungen mit den Vereinigten Staaten bilden. Der Bestand der roten Armee wurde von Tschitschew mit 1 1/2 Millionen angegeben. Wenn die anderen Mächte abrüsten, werde auch Rußland seine Armee reduzieren.

Ein Abgesandter des Vatikan hatte am Dienstagabend eine zweistündige Unterredung mit Tschitschew über die in der päpstlichen Note enthaltenen Wünsche.

Keine Konferenz der Signatar-Mächte.

Genua, 11. Mai. Wie in hiesigen Konferenzkreisen verlautet, hat Lloyd George den Plan, die Signatar-Mächte zu einer Konferenz nach Genua einzuberufen, infolge der strikten Weigerung Frankreichs so gut wie aufgegeben.

Neues vom Tage.

Die Liquidationsregelung im deutsch-polnischen Abkommen.

Bei den deutsch-polnischen Verhandlungen über die Ausführungsbestimmungen zum Genfer Diktat über Oberschlesien ist die Frage der Liquidierung des deutschen Eigentums Gegenstand hartnäckiger Kämpfe gewesen, die schließlich nur durch einen Schiedsspruch Calonders hätten entschieden werden können, wenn nicht in letzter Stunde eine Einigung zwischen den deutschen und den polnischen Vertretern erzielt worden wäre. Deutschland habe seinen Standpunkt in weitgehender Weise durchgesetzt, wurde damals in einer halbamtlichen Meldung behauptet. Der Text des Abkommens ist aber amtlich bis heute noch nicht veröffentlicht worden, so daß sich die Behauptung nicht nachprüfen läßt. Doch will uns scheinen, daß, wenn die nachstehende Veröffentlichung von privater Seite auf authentischem Material beruht, die Polen ihre Ansprüche auf Enteignung deutschen Eigentums im abgetretenen Gebiet, wenn nicht grundsätzlich, so doch in sehr einschneidender Weise durchgesetzt haben.

Berlin, 11. Mai. Das „Tageblatt“ veröffentlicht die Hauptartikel des mit Polen unlangst getroffenen ober-schlesischen Abkommens, die sich mit der Liquidationsfrage beschäftigen.

Artikel 2: Während 15 Jahren nach dem Uebergang der Staatshoheit hat Polen das Recht, nach Maßgabe der Artikel 92 und 297 des Friedensvertrages von Versailles Unternehmungen der Großindustrie und Lagerstätten, die am 15. April 1922 deutschen Reichsangehörigen oder von ihnen kontrollierten Gesellschaften gehören, zu enteignen, falls diese Maßnahme auf Antrag der polnischen Regierung von der gemischten Kommission als für die Aufrechterhaltung des Betriebes unerlässlich anerkannt wird.

Artikel 3 gibt Polen das Recht, Unternehmungen der Großindustrie und Lagerstätten, die am 15. April 1922 und zur Zeit der Ratifikation — Artikel 5 sieht vor, daß die polnische Regierung verpflichtet ist, den Eigentümern von der beabsichtigten Enteignung Mitteilung zu machen — deutschen Reichsangehörigen oder von ihnen kontrollierten Gesellschaften gehören, nach Ablauf von 15 Jahren seit dem Uebergang der Staatshoheit zu enteignen. Gegenstand der Enteignung sind nicht Aktiengeschäftsanteile, Rente und ähnliche Beteiligungen an den Unternehmungen und Lagerstätten als solche. Artikel 4 bestimmt im einzelnen den Begriff Großindustrie.

Artikel 8: Polen ist berechtigt, Landgüter von 100 oder mehr Hektar landwirtschaftlich nutzbarer Fläche (Großgüter), die am 15. April 1922 und am Tage der Ratifikation im Eigentum nicht unberechtigter deutscher Reichsangehöriger oder von solchen kontrollierter Gesellschaften stehen, zu enteignen. Artikel 9 bestimmt, daß Polen berechtigt ist, im ganzen ein Drittel der nach den Bestimmungen dieses Abschnitts der Enteignung unterliegenden landwirtschaftlichen Nutzfläche Polnisch-Oberschlesiens zu enteignen.

Ein Industrieller über den deutsch-russischen Vertrag.

Berlin, 11. Mai. Der Reichsverband der deutschen

Industrie hatte gestern seinen Hauptausschuß nach Berlin zusammenberufen, um den Bericht des geschäftsführenden Präsidialmitgliedes, Geheimrat Bacher, entgegenzunehmen, der auf Veranlassung der Reichsregierung als Sachverständiger an den Verhandlungen in Genua teilgenommen hat. Geheimrat Bacher bezeichnet das Ergebnis der Genuaer Konferenz als von großer Bedeutung für die weiteren europäischen wirtschaftlichen Ziele. Der russische Vertrag sei nach seiner Auffassung wirtschaftlich durchaus richtig und, soweit er Kenntnis von der Entwicklung der Dinge bekommen habe, absolut notwendig.

Saldige Ausbezahlung der Beamtenbezüge.

Berlin, 11. Mai. Im Beamtenausschuß des preussischen Landtages gab der Vertreter der Regierung auf eine Anfrage die Erklärung ab, daß die Regierung alles tun werde, um die Auszahlung der Bezüge an die Beamten, Lehrer, Hinterbliebenen und Ruhegehaltsempfänger sobald als möglich durchzuführen.

Nähertritt des österreichischen Finanzministers.

Wien, 11. Mai. Finanzminister Dr. Görtler hat laut Morgenblätter dem Bundeskanzler seine Demission überreicht.

Reichstaa.

Berlin, 11. Mai.

Am Regierungstische Arbeitsminister Brauns, Verkehrsminister Gröner.

Die 2. Besung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Quaak (D.V.) steht allein bei der Reichseisenbahn ein Defizit von einigen 20 Milliarden in diesem Jahr voraus. Der Geschäftsbericht der Reichseisenbahn sei außerordentlich dürftig.

Reichsverkehrsminister Gröner teilt mit, daß die Statistik ausgebaut werden soll. Als Verkehrsminister müsse er das Vertrauen haben, daß er in der Lage sei, den Organismus aufzubauen. Wenn er fortgesetzt schwarz in schwarz malen wollte, würde er nur Mißstimmung und Verdrüß vermehren. Er denke nicht daran sich selbst zu loben, müsse aber unberechtigte Angriffe zurückweisen. Es sei kein Zweifel, daß der Zustand der Reichsbahn nicht rosig sei. Man versuche festzustellen wie man die Ursachen des Übels beseitigen könne. Für die Leistungen der Reichsbahn kämen nicht die Riffern der Wagengestellung in Frage, sondern die Tatsache, was mit den Wagen geschieht. Wir haben heute eine Verkehrsweite von 169 Kilometern für den Wagen statt 104 im Frieden. Das ist eine Folge der Balutaberschlebung und der Reparaturen. Bei einer Gegenüberstellung der jetzigen und früheren Leistungen muß man auch die abgetretenen Gebiete berücksichtigen. An diesen bemessen sind die Vorkriegsleistungen erreicht. Die Störungen im Ruhrgebiet und in Sachsen haben alle dieselbe Ursache. Industrie und Eisenbahnverwaltung können sich nicht als Feind gegenübersehen. Man muß gemeinsam über Maßnahmen zur Abhilfe beraten. In Hamburg haben wir damit die besten Erfahrungen gemacht. Den bestimmten Ausführungen der Abg. Dr. Quaak, Dr. Reichert stelle ich meinen Optimismus gegenüber. Das Defizit von 15,6 Milliarden ist uns von den Ländern übergeben.

Abg. Dr. Wieland (Dem.): Die größtmögliche Sparfamkeit bei den laufenden Ausgaben ist notwendig. Die richtige Regelung der Arbeitszeit gehört zur sparsamen Wirtschaft. Das Arbeitszeitgesetz wird die Mißstände hoffentlich beseitigen. Schwere Klagen sind über ungenügende Kohlenversorgung und Verkehrsstörungen besonders aus Hamburg und Süddeutschland laut geworden. Die Haltenbestände im Ruhrgebiet müssen schnellstens abgefahren werden. Wie sieht es mit der Bevorratung Süddeutschlands? Auf dem Rhein sind vor Ostern höchstens 12—15 000 Tonnen verladen worden, während bei Ausnützung des Verkehrs 30 000 Tonnen verladen werden konnten. An den Bahnanlagen müssen in technischer Beziehung noch gewaltige Verbesserungen gemacht werden. Die Tarife müssen in Zukunft im Benehmen mit den Kreisen der Wirtschaft gemacht werden. Unter den hohen Tarifen darf unsere durch den Krieg ohnehin geschwächte Wirtschaft nicht leiden. Wir beantragen daher Ermäßigung der Personentarife für Jugendliche.

Der deutsche Kronprinz über Hindenburg und Ludendorff.

Dem freundlichen Entgegenkommen der J. G. Cotta'schen Verlagsbuchhandlung in Stuttgart verdanken wir nachstehenden Ausschnitt aus den Erinnerungen des Kronprinzen Wilhelm.

I.

Was unser Vaterland den beiden Männern dankt, darüber sind wohl keine Worte nötig. Auch wir Oberbefehlshaber hatten den allgemeinen Wunsch, Hindenburg und Ludendorff an der höchsten verantwortlichen Stelle wirken zu sehen, rücksichtslos geteilt und den endlichen Entschluß Sr. Majestät mit Freude und Hoffnung aufgenommen. Nie vorher im Leben habe ich zwei Männer von so verschiedener Wesenheit sich ähnlich ergänzen und zu einer Einheit verbinden sehen, wie die beiden, denen der Gedanke an das Wohl des Vaterlandes, an Glanz und Ehre des Heeres in allen Fragen jener Zeit, in der sie miteinander wirkten, der gemeinsame Boden für Pläne, Erwägungen und Entschlüsse gewesen ist.

Soll ich den Generalfeldmarschall, so wie er mir in den Jahren seiner reifen Höhe erschienen ist, charakterisieren, so möchte ich sagen, daß der ausschlaggebende Eindruck von der schlichten Würde und Ruhe seiner in sich geschlossenen Persönlichkeit ausging. Von einer gläubigen, fest gefügten Ruhe, die sich jedem, der mit ihm menschlich oder dienstlich in Berührung trat, mitteilte, die jeden davon überzeugte, daß die Geschicke der Armeen in dieser gelassen festen Hand und unter dem Blick dieser ersten und doch stets warm blickenden, tief gebetteten Augen aufs Beste besorgen seien. Sprach er dann noch, so drang neben der Wirkung des gleichsam unerrückbaren Bildes seiner statuarisch großen, breitschulterigen Gestalt noch die tiefe Klangfarbe seiner langsam, besonnenen und bedächtig fließenden Worte auf seinen Partner ein, so verstärkte sich das vertrauende Empfinden, daß hier ein überlegener Beherrscher der Lage eine völlig gesicherte Auffassung vertrat. Dieser Eindruck war wirksam nicht nur auf den Einzelnen, mit dem er etwas sprach, er erstreckte sich auch auf die Menge, wenn sich der Generalfeldmarschall ihr zeigte. Dazu kam, daß eine kaum bestimmbar Besondere seiner Art die Grenzen zwischen seinem dienstlichen und seinem menschlichen Interesse an Menschen, Problemen und Dingen auszuheben schien.

Es war schon während des Krieges und es ist wohl heute mehr noch als damals die Meinung verbreitet, daß der Generalfeldmarschall während seines Wirkens an dieser höchsten Kommandostelle, neben dem General Ludendorff, der als der eigentliche spiritus rector der Obersten Heeresleitung angesehen wurde und wird, eine mehr repräsentative Rolle gespielt habe. Diese Auffassung kann ich auf Grund meines Einblickes in das schöne Verhältnis zwischen den beiden Führern nur als irrig bezeichnen, und sie kann keinesfalls Geltung haben für jenen Zeitabschnitt, in dem der Generalfeldmarschall sich noch auf der Höhe seiner physischen Kraft und Energie befand. Daß auch ein Hindenburg, der als nahezu Sechsendsechzigjähriger, aber dabei im Besitze vollster geistiger und körperlicher Kräfte in den Krieg eintrat, sich nach drei und vier an Arbeit, Sorgen und Verantwortungen überschweren Jahren den natürlichen Folgen seines zunehmenden Alters nicht ganz entziehen konnte, darf sicher ausgesprochen werden, ohne daß dadurch den großen und unergänzbaren Verdiensten des Feldherrn und verehrungswürdigen Mannes irgendwie Abbruch geschähe. Was Hindenburg an seinem Kameraden in der Führung befehlen hatte, das zeigte sich bitter hart von dem Augenblicke an, in dem diese Einheit der beiden durch das Ausscheiden Ludendorffs zerbrochen war und ein neuer Mann an seine Stelle trat, dessen Unzulänglichkeit vor dem Gedanken, das led gewordenen Schiff über Wasser zu halten und im Reichen seiner alten Flagge durch allen Sturm sicher in den rettenden Hafen zu bringen, nur allzu rasch verdrängeln mußte. Ein Mann, dessen Wesensart mit einem Aufschreien diese Flagge strich, so wie er läßt Werte, die unserem deutschen Volke bisher Heiligtümer gewesen waren, als leere „Ade“ zum Gerüm-

Heimatwurzeln.

Roman von Hans von Heidehausen.

19 (Nachdruck verboten)

„Kinder, mit euch ist nicht zu reden. Ihr lebt eben in einer absolut unpraktischen Welt, die dahin passen mag, wo nichts geleistet zu werden braucht. Wenn das so weitergeht, dann werdet ihr mir mein Amt hier noch ganz verleiden.“

Das war ein unbedachtes Wort, das er Grund hatte sofort zu bereuen.

Gerda war vorgetreten und sagte leise:

„Aha, Onkel Bidau, lange brauchst du dich ja auch nicht mehr mit uns zu plagen. Bis zu meiner Mündigkeit ist's ja nicht mehr weit. Und was dann kommt, verantworten wir selbst. Aber inzwischen liest du dir vielleicht mal die Abschrift des Testaments meiner Eltern durch.“

„Was heißt das?“ fragte er, und seine Stirn rötele sich.

Derweilen war Gerda an des Bruders Schreibtisch gegangen und holte das Papier.

„Hier!“ Sie reichte es dem Vormund. „Da steht, daß Parnitz niemals ohne unsere Einwilligung verkauft werden darf.“

„Wie kommst du zu diesem Schriftstück?“

„Ich ließ es abschreiben.“

„Aus eigenem Antrieb?“

„Nein, Pastor Haller gab mir den Rat, denn er kennt den Inhalt. Wir ja erst, seitdem wir diese Abschrift haben, denn es war uns früher nie in den Sinn gekommen, daß das einmal nötig sein könnte. Also, ehe du hier neue Käufer herumführst, nimmst du wohl in Zukunft auch Kenntnis davon?“

„Borzüglich!“ sagte er. Es sollte spottend klingen, aber es war doch zum erstenmal eine Unsicherheit über ihn gekommen. Er gab sogar vor, sich des Inhaltes des Testaments nicht mehr genau zu erinnern.

Dadurch gewann Gerda eine noch größere Sicherheit ihm gegenüber. Nur die Anwesenheit der beiden anderen verhinderte sie, ihm jetzt zu sagen, daß das nicht die Wahrheit sein könne. Denn auch das hatte der Pastor erwähnt, daß der Vormund um den Inhalt des Testaments wisse.

Herr von Bidau, der den alten Staats durchaus nicht leiden konnte, kam jetzt doch in die Lage, eine Art von rettendem Engel in diesem zu sehen. Der Alte kam herein und meldete, das Essen sei aufgetragen, und außerdem sei der Fuchs des Woldenberger Herrn bei dem langen Stehen gar nicht mehr zu halten. Einer der Jügel sei bereits gerissen.

Da verabschiedete er sich kurz und förmlich und ritt davon.

Gerda aber fiel ihrem Bruder um den Hals und rief: „Wie wird es schön sein, wenn wir allein über uns — und das, was wir wollen und nicht wollen, bestimmen können!“

Tante Lamine aber faltete im Schreck die Hände und sagte:

„Gerdschen — diesen Namen hast du Gerda — Gerdschen, wie warst du bloß! — Mir stockt noch immer alles Blut vor Angst!“

Das neue Jahr war herangekommen. Wolfs Ueberstufung nach Tannenhorst war erfolgt. Im Pastorhause hatte man am Silvesterabend eine Art Abschiedsfeier für ihn gehalten, zu der auch die Geschwister und Tante Lamine anwesend waren. Egon war doch sehr glücklich gewesen, dabei sein zu können, denn der heutige Tag wurde ihm schwer.

Es war ja natürlich, daß man Wolf trotz der großen Nähe der beiden Güter von jetzt ab wenig und auch dann nur für kurze Zeit sehen würde. Für das einsame Leben Egons, in das nur wenig Menschen Freude und Bereicherung brachten, war es eine köstliche Zeit gewesen, den alten Jugendfreund monatelang fast täglich zu sehen.

Auch Gerda fühlte, daß dieser Tag ein Abschied in ihrem beiderseitigen Leben sein müsse. Solange Wolf studierte, führten ihn die Ferienzeiten ganz von selbst in das Vaterhaus zurück. Seitdem er nun sein Ziel erreicht hatte, Landmann zu werden, kam seine ganze Existenz in eine andere Bahn. Da stand nur zu erwarten, daß man ihn vielleicht mal Sonntags sah, falls Herr Harfenstein, der gleich erklärt hatte, er sei sparsam damit, ihm einen Urlaub bewilligte.

Ja, ein Abschied war es, Gerda und Egon fühlten es beide. Aber jeder so grundverschieden. Er litt darunter, sie aber hatte eine Empfindung, daß es gut sei. Sie war stolz in der Seele, den alten Spielkameraden nun endlich in der von ihm so heiß ersehnten Bahn zu wissen. Und sie war stolz, daß er etwas tat und lernte, was auch ihr immer mehr als das Aller schönste galt. Sie konnte nicht klagen wie Egon, sie hatte vielmehr den festen Instinkt, daß Wolf und sie sich jetzt noch besser verstehen mußten.

Aber seitdem Wolf fort war, ruhte auch die Freude an dem in diesem Jahr so prächtigen Winter vollständig. Den Rodelschlitten hatte er ihr zwar geschenkt, aber der fand unbenutzt in der Halle des Parnitzer Herrenhauses. Nein, ohne Wolf und so ganz allein machte das Rodeln keinen Spaß. Aber desto eifriger ging sie auf den Hof. Ja, sie ritt auch, wenn der Frost nicht zu arg war, auf die Felder und in den Wald, so auch heute.

Ueber der Natur lag so ein rechter norddeutscher Nebel. Auf kurze Frosttage war mal wieder Tauwetter eingetreten. Es tropfte von den Bäumen der Kastanienallee, durch die sie langsam dahinstritt. Die Hufe des Schimmels sanken tief in den nassen Schnee, und es patzte und spritzte, wohin sie traten. Im Dorfe war der Damm glatt, und zu beiden Seiten stieß das Tauwasser in kleinen Bächen in den Steinrinnen abwärts nach der tiefer gelegenen Mühle zu.

(Fortsetzung folgt.)



bei Wirt: lassen auf andere Stelle gewöhnt Energie die stärkste Triebkraft für die besondere Entwicklung der Vorgänge des 9. November im Großen Hauptquartier von Spa geworden ist.

Württemberg.

Stuttgart, 11. Mai. (Kleine Anfrage.) Abg. Pflüger (Soz.) hat wegen Fahrpreiserhöhung für Lehrlinge eine Anfrage beim Landtag eingebracht. Er will wissen, ob das Staatsministerium bereit ist, beim Reich dahin zu wirken, daß die Fahrpreiserhöhung für Lehrlinge weiter ausgedehnt und namentlich auch für die Kaufmannslehrlinge bzw. Handwerkslehrlinge vom Reichsverkehrsministerium unter den vorgeschriebenen Bedingungen gewährt wird.

Untertürkheim, 11. Mai. (Die Vorgänge bei Daimler.) Der nunmehrigen völligen Schließung der Daimlerwerke gingen nach Blättermeldungen schwere Auftritte vor den Werken voraus. Nach der „Südd. Zeitung“ hatten die Streikenden die Absperrung des Werks militärisch organisiert, Reserve- und Vorposten-Abteilungen bereitgestellt und durch Radfahrer einen regelten Nachrichtendienst zwischen den Befehlsstellen eingerichtet. Die Polizeidirektion sandte 35 Mann, von denen 8 verletzt wurden. Die arbeitswilligen Angestellten, auch die kaufmännischen, wurden durch den kommunistischen Terror zum Teil über zugerichtet und mißhandelt und an dem Betreten des Werks verhindert. Auch dritte Personen, die in geschäftlichen Dingen den Daimlerwerken einen Besuch abhatten, wurden angegriffen. Der „Schwäbische Merkur“ erzählt von einem Norddeutschen, dem nicht nur buchstäblich die Kleider vom Leib gerissen, sondern auch derart mißhandelt wurde, daß er im Werk verbrannt werden mußte. Auch einer der bekanntesten Rennfahrer soll Schaden genommen haben. noch keine Spur von den Tätern.

Freudenstadt, 11. Mai. (Es geht auch soll) Zu dem am Dienstag gehaltenen Brennholzversteigerung waren nur Selbstverbraucher zugelassen und der Einzelne konnte nur 1 Los ersteigern. Für den Fall des Weiterverkaufs war eine Vertragsstrafe von bis zu 50 Prozent des Ausgebots angenommen worden. Trotz des starken Andrangs, besonders von auswärts, blieben die Preise im Rahmen von 3—400 Mk., während bei der Versteigerung der städt. Holzinspektion sich allerdings die Preise auf nicht mehr als 90—100 Mk. besaßen haben.

Ebersbach a. F., 11. Mai. (Einbruch.) In der Nacht wurde in der Villa des Fabrikanten Fr. Schleich eingebrochen. Die Familie hörte nichts von dem Einbruch. Den Tätern gelang es, beinahe sämtliche Herrenkleider zu stehlen. Eine Brieftasche mit Inhalt wurde ebenfalls mitgenommen; ferner liegen sie Eier und das Haushaltungsgeld aus der Küche mitlaufen. Bis jetzt hat man noch keine Spur von den Tätern.

Mödingen, 11. Mai. (Mordversuch.) Der Mechaniker Ott versuchte seine Geliebte in einer Wirtschaft, wo sie bediente, zu erschließen, weil das Mädchen nichts mehr von ihm wissen wollte. Die Kugel brang ihr aber nur durch den Arm.

Willingen, 10. Mai. (Ueberefahren.) Der in der Burkarth'schen Weberei in Unterhausen beschäftigte J. Wegel von Göttingen überfuhr die von der Schule kommende 13jährige Rosa Schneller. Das Mädchen wurde zu Boden geworfen und erlitt einen doppelten Unterschenkelbruch. — Das 5jährige Mädchen der Witwe Wörner machte sich an der Bremse eines an einer abschüssigen Stelle der Hofstraße stehenden mit Sand beladenen Wagens zu schaffen. Der Wagen kam ins Rollen. Dabei wurde das Mädchen durch die Bremsvorrichtung am Unterleib so schwer verletzt, daß es ins Krankenhaus verbracht werden mußte.

Gröfsetten, 11. Mai. (Goldene Hochzeit.) Konrad und Maria Schrenbacher konnten die Tage ihre goldene Hochzeit im Kreis ihrer noch lebenden 11 Söhne und Töchter und deren Kinder feiern. Bei dem Gottesdienst hatte der Bischof von Rottenburg dem greisen Ehepaar Gruß und Segen übermitteln lassen. Der Staatspräsident sandte den alten Leuten Glückwünsche und die Erinnerungsmedaille.

Vom Ries, 11. Mai. (Verschüttet.) Der 40-jährige Landwirt Friedrich Strauß aus Hamburg wurde durch eine einstürzende Sandwand in einem Steinbruch bei Ronheim verschüttet. Er konnte zwar noch lebend geborgen werden, ist aber bald darauf verschieden.

Vom Allgäu, 11. Mai. (Todesfall.) In Kempten ist der bekannte Erforscher der geologischen Verhältnisse des Allgäus, Dr. Reiser, gestorben. Er hat zahlreiche geologische Arbeiten, teils in gelehrten Zeitschriften und in den Archiven der Münchner Akademie der Wissenschaften, teils in seinem großen zweibändigen Werke niedergelassen und war einer der tüchtigsten und verdienstvollsten wissenschaftlichen Vertreter des Allgäus.

Von der bayerischen Grenze, 11. Mai. (Vom Bliz erschlagen.) Dem schweren Gewitter, das in der Gegend von Schrambenhausen niederging, fiel ein junger Menschleben zum Opfer. Zwei Kinder hielten junges Menschenleben zum Opfer.

Vom Bodensee, 11. Mai. (Verbrannt.) Ein schweres Unglück durch Verbrühen ereignete sich im Gasthaus zur „Delveia“ in Konstanz. Ein dort bedienstetes Mädchen arbeitete am Waschtisch, als eine Flamme zur Heizung heraus schlug. Die Kleider des Mädchens wurden sofort lichterloh. Einige Gäste erlitten die brennenden Verbrühen. Die Bedienstete wurde nach dem Krankenhaus gebracht, ist aber dort gestorben. Einer der helfenden Männer erlitt an den Händen Brandwunden.

Kurze Chronik.

Der verheiratete Lagermeister Hohnle in Ludwigsburg wurde am elektr. Aufzug liegend tödlich aufgefunden. Der Arzt stellte innere Quetschungen fest, die seinen Tod herb. führten.

3200 Studierende besuchen im derzeitigen Sommersemester die Universität Tübingen.

Der Postschaffner Schnig in Neu-Ulm, der kurz vorher im Postamt dabei ertappt wurde, als er einige

Briefe, in denen er Geld vermachte, in seine Tasche verpacken ließ, sprang in die Donau, wurde aber noch lebend herausgezogen.

Mutmaßliches Wetter.

Die Störungen sind noch nicht ganz ausgeglichen, aber der Hochdruck macht wieder Fortschritte. Am Samstag und Sonntag ist zeitweilig trübes, in der Hauptsache trodenes und ziemlich kühles Wetter zu erwarten.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 10. Mai.

In der am Mittwoch vormittag fortgesetzten Aussprache über das Ministerium des Kultus und Unterrichts führte Abg. Weber (D.Vp.) aus, zur Regelung des Verhältnisses von Kirche und Staat müsse bald das Kirchensteuergesetz vorgelegt werden. Die Registrierung aller vaterländischen Regungen unter die Schlagwörter „nationalistisch“ und „chauvinistisch“ sei falsch. Auch der Fall Kantorowicz dürfe nicht ausschließlich von diesem Standpunkt aus betrachtet werden. Bei der Erörterung der Mittelschulen unterstützte der Redner die Eingabe des Pädologenvereins über die Vermehrung der etatsmäßigen Lehrstellen und bezeichnete die Entscheidung des Reichsschiedsgerichts in der Sache der Zeichen- und Musiklehrer als sehr bedauerlich; eine Unterstützung der Regierung, die Wirkungen dieses Schiedspruchs in Baden abzuwenden, sei dringend geboten.

Abg. Frau Unger (Unabh.) brachte zum Ausdruck, die Schule müsse mehr Erziehungsinstrument werden. Mit der Erziehungsfrage und der Vermittlung der Angelegenheit müsse auch die Lehrerbildung in ganz andere Bahnen gelenkt werden.

Abg. Hofheinz (Dem.) erklärte: Wirtschaft und Kultur, Erziehungs- und Lebensführungsmöglichkeiten seien eng miteinander verbunden. Eine Erweiterung des Arbeitskörpers des Kultus- und Unterrichtsministeriums sei zur zuverlässigen Regelung der sich überwälzenden Aufgaben, besonders bei den zu erwartenden Schulreformen, sehr zu wünschen. Wenn auch in der Frage der Stellung der Kirchengemeinschaften zum Staat ein Rechtsanspruch nicht konstruiert werden könne, so sei es in Anbetracht der kulturellen und sozialen Stellung des Geistlichen im Erziehungswesen natürlich, wenn hier weitgehendes Entgegenkommen gezeigt werde.

Am 1 Uhr wurde abgebrochen. Fortsetzung der Beratung nachmittags.

In der Nachmittagsitzung stellte Abg. Stoll (Soz.) an die Regierung die Anfrage, was sie gegen die Ueberflutung der badischen Kurorte durch dalmatische Ausländer zu tun gedenkt. — Minister Kemmle erklärte, daß die durch die Zeitungen gehenden Nachrichten über übermäßigen Ausländerzufluß stark übertrieben seien, daß aber die Regierung alles tun werde, um durch Kontrolle und Erhebung einer Fremdengebühr die Folgen auf die wirtschaftliche Lage der einheimischen Bevölkerung abzuwehren.

Dann wurde die Aussprache über das Ministerium des Kultus und Unterrichts fortgesetzt. Abg. Ritter (Komm.) erklärte, seine Freunde würden den vorliegenden Stat ablehnen. — Abg. Dr. Mayer-Karlsruhe (D.nat.) erklärte, das friedliche Zusammenarbeiten von Staat und Kirche sei die Voraussetzung für eine erprobliche Kultur- und Erziehungsarbeit.

Staatspräsident Dr. Hummel dankte dem Berichterstatter, den Mitarbeitern in seinem Ministerium und den bad. Lehrern für ihre Arbeit. Vorwurf des kommunistischen Abg. Ritter, der Staat habe für die Kultur nichts übrig, sei zurückzuweisen, denn gerade darin habe Baden besonders geleistet. Das Ministerium habe sich bei Schulfragen nie von politischer oder gar parteipolitischen Auffassung leiten lassen.

Am Schluß der Sitzung befaßte sich Abg. Dr. Herfurth (Zentr.) noch mit der Anpassung des Schulwesens an das praktische Leben. Bei der Ausbildung in den Fortbildungsschulen darf die ideale Seite der Ausbildung durch Einführung des Religionsunterrichts nicht vergessen werden.

Baden.

Karlsruhe, 11. Mai. (Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.) Mehrere Abgeordnete der Zentrumsfraktion des bad. Landtags haben einen Antrag eingebracht, der Landtag wolle die Regierung ersuchen, entweder von sich aus in Auslegung des § 105 e der Gewerbeordnung oder durch entsprechende Maßnahmen bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß in weitestgehenden Kirchspielgemeinden und in Gegenden mit entlegenen Orten, Zinken und Höfen unsere Land- und Gebirgsbevölkerung an gewöhnlichen Sonn- und Feiertagen Gelegenheit zum Einkauf solcher Waren erhält, die sie in ihrem häuslichen und landw. Betrieb zum täglichen Bedarf benötigen.

Karlsruhe, 11. Mai. Die Strafenbahntarife, die zuletzt am 18. März d. J. erhöht worden waren, sind jetzt abermals um 20—25 Prozent in die Höhe gesetzt worden. Der billigste Fahrpreis beträgt jetzt 2.50 Mk. Der Bürgerausfluß hat vorerstern der Erhöhung zugestimmt. Er erstreckte außerdem die Änderung der Befoldung der städt. Arbeiter und Beamten und genehmigte die abermalige Erhöhung der Gebühren im Bestattungswesen.

Karlsruhe, 11. Mai. Nach den Zusammenstellungen des bad. Statistischen Landesamts hat sich die Zahl der Ärzte in Baden in der Kriegs- und Nachkriegszeit erheblich vergrößert. Während die Gesamtzahl der approbierten Ärzte und Zahnärzte im Jahre 1913 noch 1453 betrug, belief sie sich im Jahre 1920 auf 1821. Unter diesen 1821 Ärzten befinden sich 87 nicht praktizierende Ärzte gegenüber 79 im Jahre 1913, 301 nur in Anstalten beschäftigte Ärzte (1913 waren es 243), 11 Militärärzte (1913: 53) und 213 (153) Zahnärzte. — In der Kriegszeit und den unmittelbar darauf folgenden Jahren hat die Verwendung von Frauen in Berufen, die früher Männern allein vorbehalten waren, große Fortschritte gemacht. Besonders gilt dies vom Arztberuf. Im Jahre 1913 waren nach den Erhebungen des bad. Statist. Landesamts 27 Frauen ärztlich tätig, darunter sechs Zahnärztinnen. In den folgenden Jahren hat sich diese Zahl mehr als verdoppelt. Im Jahre 1920 sind

sind 87 Frauen geprüfte worden. Die als approbierte Ärztinnen in Anstalten oder in der Privatpraxis beschäftigt waren; darunter befanden sich 18 Zahnärztinnen.

Forstheim, 11. Mai. (Die bestohlene Polizei.) Ein schwerer Diebstahl wurde vor einigen Tagen verübt, indem aus dem Büro der Fahndungspolizei acht Silberbarren mit einem bedeutenden Tageswert gestohlen wurden. Die Barren lagen in einem hölzernen Schrank. Wie sie dort herausgenommen werden konnten, ist ein Rätsel, da in der Nähe stets eine Wache war. Jetzt ist der Beamte, der in der betreffenden Nacht Dienst hatte, verhaftet und zwei weitere Beamte sind vorläufig des Dienstes entzogen worden.

Bruchsal, 11. Mai. Die vorgestern hier abgehaltene Landesauskunftung des bad. Landesfeuerwehrverbandes, die von dem Präsidenten, Stadtrat Ueberle-Heidelberg, geleitet wurde, war von Vertretern sämtlicher Kreise besucht. Die Sitzung befaßte sich u. a. mit den Gebühren für Automobilspritzen bei der Ueberlandhilfe und es wurde mitgeteilt, daß in Baden ein Abschluß zu erwarten ist, der die gegenseitige Hilfe mit Automobilspritzen zwischen Baden und Württemberg sichert. Der Gebühreneintrag für die Kosten, die durch Eingreifen einer Automobilspritze bei einem auswärts zu löschenden Brande entstehen und die ganz beträchtlich sind, schloß sich der Landesauskunft an. Die direkten Kosten, wie Öl- und Benzinverbrauch, müssen von der die Spritze anfordernden Gemeinde getragen werden, während die indirekten Kosten wie Abschreibung, Instandhaltung usw. auf die Landesfeuerwehrunterstützungskasse fallen. Als nächster Tagungsort wurde Karlsruhe bestimmt, deren Feuerwehren im September d. J. das 75. Stiftungsfest feiern.

Heidelberg, 11. Mai. Zu der gestrigen Mitteilung, daß die Arbeiten am Neckarkanal zwischen Schlierbach und Heidelberg noch im Mai in Angriff genommen werden, wird mitgeteilt, daß diese Nachricht unrichtig ist und daß es vor 1926 kaum zum Kanalbau oberhalb Heidelberg kommt.

Mannheim, 11. Mai. Aus dem Neckar wurde die Leiche der 22jährigen Fabrikarbeiterin A. Treischer von Bruchsal gelandet; die Arbeiterin hat aus Furcht vor Strafe Selbstmord begangen.

Zell a. N., 11. Mai. Tot aufgefunden wurde im Gewerbekanal in Unterharmerbach die unter dem Namen „die Schapbühner“ in hiesiger Gegend bekannte Frau Felber. Sie arbeitete in ihrem an den Kanal grenzenden Garten, fiel in das Wasser und ertrank.

Freiburg, 11. Mai. Stadtpfarrer und Dekan Josef Maximon in Sigmaringen wurde zum erzb. Geistl. Rat ernannt.

Kotales.

Wildbad, den 12. Mai 1922.

— **4,4 Milliarden neue schwebende Schulden.** In der 3. Aprildebatte erfuhr die schwebende Schuld bei 3524,6 Millionen Einnahmen und 7915,8 Millionen Ausgaben eine weitere Vermehrung um 4300,4 Millionen Mark auf 280 934,6 Millionen Mark.

— **Beschleunigte Regelung von Kriegsschäden.** Aus vielfachen Anfragen an die zuständigen Stellen ist zu entnehmen, daß die im § 31 der Entschädigungsvorschriften vom 30. Juli 1921 vorgesehene Möglichkeit, die unter das Verdrängungs-, das Kolonial- und Auslandschadengesetz fallenden Entschädigungsansprüche in beschleunigten Einigungsverfahren zu regeln, nicht in dem Maße in der Öffentlichkeit bekannt ist, wie dies im Interesse des Reichs und der Geschädigten liegt. Dieser Umstand gibt Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß von einer Beschleunigung dieses Weges eine erhebliche Beschleunigung des Entschädigungsverfahrens zu erwarten ist. Es kann den Geschädigten nur dringend nahegelegt werden, in möglichst großem Umfange von der Möglichkeit der Abfindung im Einigungsverfahren Gebrauch zu machen.

— **Steuerabzug und Vermögensabgabe.** Nach § 6 des Gesetzes über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs sind die Steuern für das Rechnungsjahr 1919 oder für frühere Jahre, nach einem Einseid des Reichsfinanzhofs, nur insoweit abzugsfähig, als sie am gesetzlichen Stichtag nicht bereits entrichtet sind, sondern noch geschuldet werden. Denn der Zweck des Gesetzes, die die Steuern 1919 vom Endermögen in Abzug zu bringen, wird dadurch erreicht, daß sie, soweit sie am Stichtag schon gezahlt waren, von selbst das Endermögen vermindern. Keinesfalls kann aber der Abzug doppelt, zunächst infolge der tatsächlichen Zahlung und dann nochmals nach § 6 des angeführten Gesetzes vorgenommen werden.

— **Das Krankengeld der Kriegsbeschädigten.** Sämtliche Kriegsbeschädigte, die an ihrem Dienstbeschädigungsleiden erkrankten und ambulant ärztlich behandelt werden, erhalten für den Fall der Arbeitsunfähigkeit Krankengeld. Soweit es sich um Krankenkassenmitglieder handelt, wird ihnen das Krankengeld in der satzungsgemäßen Höhe während der satzungsgemäßen Zeit neben der Rente ausgezahlt. Solche Beschädigte, die lediglich zum Zwecke der Heilbehandlung den Krankenkassen zugeweiht sind, ohne selbst versicherungspflichtig zu sein (Zugeweihte) und solche Krankenkassenmitglieder, deren Unterstützungsanspruch an die Krankenkasse verbraucht ist, also die Ausgesteuerten oder die noch nicht vollberechtigten Versicherten, erhalten im Falle einer Einkommensminderung durch die Erkrankung ebenfalls Krankengeld; seine Höhe richtet sich nach den Bestimmungen der jeweiligen ärztlichen Behandlung vermittelnden Krankenkasse mit der Einschränkung, daß Krankengeld und Rente zusammen den Betrag der Vollrente nicht übersteigen dürfen. Das Krankengeld wird wöchentlich nachträglich durch die Krankenkassen ausbezahlt.

— **Steuerabzug von den Militärversorgungsgeldern.** Die Durchführung des Steuerabzuges von den Militärversorgungsgeldern ist durch Erlaß des Reichsfinanzministeriums vom 10. Febr. 1922 geregelt worden. Hiernach werden von der Abzugspflicht gemäß Gesetz über die Einkommensteuer vom Arbeitslohn vom 11. Juli 1921 nicht betroffen: Die Dienstbeschädigten

renten nach dem Mannschaftsversorgungsgesetz vom 31. Mai 1906 und nach den vor diesem erlassenen Militärversorgungsgesetzen, ferner die Versorgungsgebühren nach dem Reichsversorgungsgesetz vom 12. Mai 1920 und dem Altrentnergesetz vom 18. Juli 1921 und schließlich die Hinterbliebenengesetze vom 17. Mai 1907 abgesehen von der allgemeinen Versorgung (nicht Kriegsversorgung) der Witwen und Waisen von früheren aktiven Offizieren. Soweit Militärversorgungsgesetze (Offizierpensionen usw.) dem Steuerabzug unterliegen, wird der Abzug von der die Bezüge zahlbar machenden Dienststelle — Hauptversorgungsamt (Regelungsabteilung) — vorgenommen. Die den Versorgungsberechtigten zugestellten Steuerbücher, die im Januar 1922 eingeführt wurden und aus denen die zulässigen Ermäßigungen des Steuerabzugs, der 10 v. H. beträgt, ersichtlich sind, haben die Hauptversorgungsämter (Regelungsabteilung) anzunehmen und aufzubewahren, sofern die Versorgungsberechtigten die Steuerbücher abgeben. Die auf dem Steuerbuch vermerkten Steuerermäßigungen werden von den Hauptversorgungsämtern bei der Durchführung des Steuerabzugs berücksichtigt. Bezieht ein Versorgungsberechtigter neben den Versorgungsgebühren noch ein anderweitiges Einkommen aus Arbeit z. B. als Beamter, Angestellter usw. und hat er daher diesem Arbeitgeber sein Steuerbuch übergeben, so kann er sich ein zweites Steuerbuch, auf dem aber Steuerermäßigungen nicht vermerkt werden, von der Gemeindebehörde ausstellen lassen und es der seine Gebühren zahlbar machenden Dienststelle vorlegen. Wird ein solches Steuerbuch oder wird kein Steuerbuch vorgelegt, so werden Steuerermäßigungen nicht berücksichtigt; als Steuer wird alsdann der volle Betrag von 10 v. H. der zahlbaren Bezüge einbehalten.

Vom Schnellzugverkehr. Vom 11. Mai an werden die Schnellzüge D. 107/108 auf der Strecke Bruchsal—Heidelberg—Mannheim wieder in zwei Teilen gefahren. Hauptzug D. 108, der die Wagen nach Stuttgart—München und Innsbruck fährt, verkehrt Mannheim ab 6 Uhr vorm. Nachzug D. 108, der die Basler Abteilung fährt und in Karlsruhe die durchlaufenden Wagen nach Konstanz aufnimmt, verläßt Mannheim um 6.23 Uhr vorm., in Karlsruhe 7.47 Uhr vorm. Weiter nach Basel und Konstanz wie vorgelesen um 7.55 Uhr vormittags.

Postfachverkehr in Württemberg. Die Zahl der Postfahndungen betrug Ende April 30 047, gegen März mehr 368. Von dem Umsatz (10,453 Milliarden Mk.) sind 8,830 Milliarden Mk. bargeldlos beglichen worden. Das Guthaben der Postfahndungen stellte sich im Monatsdurchschnitt auf 749 Millionen Mark.

Letzte Meldungen.

Es wurde gestern beschlossen, die Saarfrage vom Völkerverbund regeln zu lassen, da sie zu dessen Kompetenz gehöre.

Schanzer hatte eine Besprechung betr. des Paragraphen 107 mit Tschitscherin und Jaspas, Jaspas schien günstig gestimmt, Tschitscherin erbat Zeit, um sich mit Moskau in Verbindung setzen zu können.

Gestern hat Schatzkanzler Robert Horne bei einem Essen der Bank Association eine Rede gehalten, in welcher er sein Bedauern darüber ausdrückte, daß die Reparations- und die interalliierten Schuldenfragen in Genua nicht zur Verhandlung gekommen sind. Ohne Gewißheit in der Reparationsfrage sei die Rückkehr zur stabilen Finanzwirtschaft unmöglich, denn diese Angelegenheit hänge eng zusammen mit dem Problem der interalliierten Schulden. Zum Schluß wünschte der Schatzkanzler noch Wiederbelebung des Handelsverkehrs der Länder.

Ende der Hauptversammlung des Reichsverbands der deutschen Presse.

München, 11. Mai. Die Hauptversammlung des Reichsverbands der deutschen Presse hat noch in einer Spezialkommission über die Schaffung eines Kartellverhältnisses zwischen dem deutschen Reichsverband und der Wiener Presse als der Vertreterin der österreichischen Journalisten beraten. In einem von der Tagung einstimmig und mit großem Beifall angenommenen Beschluß wurden folgende Richtlinien für das Kartellverhältnis aufgestellt: Schutz- und Trugbündnis in allen bei der Verfolgung beruflicher Interessen sich ergebenden Fällen, Zusammenarbeit in Fragen der Arbeitsvermittlung, Vereinfachung der „Deutschen Presse“ zum gemeinsamen Organ der reichsdeutschen Journalisten und gegenläufige Förderung geistiger Interessen. Am Schluß der Tagung richtete der Vorsitzende Bäder telegraphische Kundgebungen an die leitenden Persönlichkeiten Bayerns und des Reichs.

Die russische Antwort.

Genua, 11. Mai. Durch die Indiskretion eines italienischen Kommunisten, der mit der Sowjet-Delegation eng befreundet ist, erhielt die italienische Presse zur unangenehmen Überraschung der Russen selbst bereits gestern abend Kenntnis von dem russischen Memorandum. Wenn auch noch einige Abänderungen daran vorgenommen sein mögen, so wird ihr wesentlicher Inhalt doch kaum von den Veröffentlichungen der italienischen

Presse abweichen. Das Memorandum besteht, wie dasjenige der Mächte, aus einer Einleitung und der eigentlichen Antwort. In der Einleitung weist die Sowjet-Delegation darauf hin, daß das Memorandum der Mächte gegenüber den Bedingungen vom 20. April der Londoner Deutschfrist und den Beschlüssen von Cannes einen Rückschritt bedeute. Der Wiederaufbau Rußlands liege im eigenen Interesse Europas und der Welt. Die Wiedereinführung von 140 Millionen Konsumenten in die weltwirtschaftliche Organisation und die Belieferung des Weltmarktes mit ungeheuren Rohstoffmengen wolle Rußland gemeinsam mit den anderen Mächten regeln, um die Arbeitslosigkeit und Not Europas zu mildern. Die von dem Sachverständigenausschuß gestellte Vorbedingung, daß einer genauen Prüfung der russischen Frage eine Anerkennung der Staatsschulden und privaten Forderungen durch die Sowjet-Regierung vorangehen müsse, habe zur Folge, daß diejenigen Zukunftsprobleme, an denen die ganze Welt Anteil hat, den Fragen der Vergangenheit untergeordnet werden. Die Sowjet-Regierung wolle mit solche Verpflichtungen übernehmen, die sie auch einhalten könne. Mehr als einer der auf der Konferenz anwesenden Staaten habe in der Vergangenheit seine eingegangenen Schulden und Verpflichtungen nicht gehalten. Mehr als ein Staat habe die Besitztümer der Ausländer beschlagnahmt und ihren Erlös für sich verwandt ohne Eintreten eines Gerichts, wie man es jetzt für Rußland vorsehe.

Die Antwort der Russen wird sofort den alliierten Sachverständigen zur Beratung unterbreitet werden. In offiziellen italienischen Konferenzkreisen glaubt man nicht, daß die Verhandlungen abgebrochen werden, immerhin herrscht doch ein gewisser Pessimismus vor.

Handel und Verkehr.

Dollarkurs am 11. Mai 284.89 Mark.

Stuttgart, 11. Mai. Dem Schlachtviehmarkt am Donnerstag auf dem hiesigen Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 59 Ochsen, 24 Bullen, 174 Jungbullen, 150 Junggrinder, 276 Kühe, 318 Kälber, 1449 Schweine, 31 Schafe, 4 Ziegen, die sämtlich verkauft wurden. Erlös aus 1 Jhr. Lebendgewicht: Ochsen erste Qualität 2450—2680, zweite 1700—2150, Bullen erste 2000—2200, zweite 1750—1900, Junggrinder erste 2450 bis 2700, zweite 2050—2250, dritte 1750—1900, Kühe erste 1750—1950, zweite 1250—1500, dritte 850 bis 1050, Kälber erste 2600—2700, zweite 2200—2450, Schweine erste 2850—3000, zweite 2600—2750, dritte 2300—2500 Mk. Verkauf des Marktes: bei Schweinen lebhaft, sonst mäßig belebt.

Gesucht werden nach Kraftwerk Vöhrenbach

5 gelernte Bauhilfsarbeiter

die in der Lage sind, Bauhilfsarbeiten aller Art zu leisten. Stundenlohn Mk. 21.50. Das Essen voraussichtlich 21.50. Das Abendessen ist billiger. Unterkunft wird von Seiten der Firma gegen eine Gebühr von Mk. 2.— gestellt.

Reisekosten werden frühestens nach einer Arbeitsdauer von 3 Wochen vergütet.

Städt. Arbeitsamt.

Freibank.

Morgen Samstag vormittag von 8 Uhr ab ist

gutes Kuhfleisch

zu haben.

Wir suchen zum Eintritt auf 20. Mai zum Sortieren und Zeichnen der eingehenden Wäsche ein durchaus zuverlässiges und gewandtes älteres

Fräulein oder Frau.

Persönliche Vorstellung auf dem Büro des Hotel Klumpp.

Wer Beteiligung

sucht, wende sich an das Bankgeschäft

Finanzierung u. Kommission G. m. b. H., Berlin S. W. 68.

Verein ehem. Soldaten u. Kriegsteilnehmer. Gegr. 1879.

Am Sonntag, den 14. ds. Mts.

Familien-Ausflug nach Höfen.

Dort im Gasth. zur „Krone“

musikalische Unterhaltung.

Abmarsch 3 Uhr vom hiesigen Bahnhof.

Hierzu sind alle Kameraden mit Angehörigen freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.

NB. Bei ungünstiger Witterung Abfahrt 4.49 Uhr.

Für Industrie und Handel

Gold in jeder Höhe gibt und notleidende Betriebe kauft

Finanzierung und Kommission G. m. b. H., Berlin S. W. 68.

Für Brautleute!

Ich fertige Betten und Matratzen in jeder Preislage unter Zusicherung reeler Bedienung.

Ständig großes Lager in

Federn, Daunen und Halbdaunen
Roßhaare, Kapok u. Matratzenwolle
Bettbarchent (in rot, gelb und lilaf)

J. Frank

Wäsche u. Aussteuer-Geschäft Westf. 29, 1. Stock
von 1/1 bis 1/3 Uhr geschlossen

Die bestellten

Eier

treffen nächster Tage ein.

Consumverein.

Suchen für unsere Verkäuferin zum 15. Mai

möbliertes

Zimmer.

Med.-Drogerie

A. u. W. Schmit.

Zuverlässiger

Arbeiter

(Jahresstelle)

kann sofort eintreten.

Güterbeförderer Niz.

Eine christliche, sehr tüchtige ältere Frau, aus guter Familie sucht

Stelle als Haushälterin

bei christlichem alleinstehendem Herrn.

Angebote an Frau Fadler, Badanstalt in Altensteig.

Freiwillige Feuerwehr Wildbad.

Nächsten Sonntag früh 1/8 Uhr rücken der Stab und die sämtl. Züge zur

Haupt-Übung

aus. Entschuldigungen werden nur in dringenden Fällen berücksichtigt.

Das Commando.

Konsum- u. Sparverein „e. G. m. b. H. Wildbad und Umgebung.

Am Samstag, den 13. Mai 1922, abends 1/9 Uhr findet im „Hotel Maish“ eine

außerordentliche

Generalversammlung

statt, wozu sämtliche Mitglieder, Männer wie Frauen freundlichst eingeladen sind. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Tagesordnung:

Wahl eines Kassiers.

Der Aufsichtsrat.

Inseriert im „Tagblatt“!

Stadt Wildbad. Beigholz-Verkauf

Am Samstag, den 13. Mai 1922 vorm. 9 Uhr im Gasth. zum „Ochsen“ aus Stadtwald Sommerberg Abt. Straubentisch, Waldhütte, Much-Jalbe, Buchbusch, Steinriegel und Wannepfopf.

Buch.: 158 Am. Scheiter; 628 Am. Prügel; 10 Am. Anbruch und 83 Am. Reisprügel.

Radelholz: 9 Am. Scheiter, 106 Am. Prügel, 437 Am. Anbruch und 110 Am. Reisprügel.

Händler, Auswärtige und solche, welche bei den Verläufen der Stadt am 10. I. und 24. II. 22 Holz kauften, sind von der Versteigerung ausgeschlossen. Jedermann darf nur ein Los mit 3 Am. ersteigern.

Warnung!

Ich warne hiermit jedermann, an meinen Sohn Karl weder Geld noch Sachwerte auf meine Rechnung abzugeben, da ich für nichts aufkomme.

Herm. Haag, Sprollenhäus

Alldeutscher Verband

Montag, 15. Mai abends 8 Uhr

Deutscher Abend

im Gasth. „Kühler Brunnen“ Geschäftsführer! Zeidler.

„Aufstieg trotz Tod und Teufel“

Gefinnungsfreunde herzlich willkommen.

Frische Eier

per Stück Mk. 4.30 bei 50 Stück

Mk. 4.20

Linders Delikatessengeschäft

Remy Reisstärke

1. Brocken Borax chem. rein

A. u. W. Schmit, Medizinal-Drog.